

09 | Oktober 2016

# Attersee. REPORT

„**FORTSCHRITT AUF  
DEM PRÜFSTAND**“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt  
**Fortschritt: Segen oder  
kreative Zerstörung**

Helmut Detter  
**Der steinige Weg zur  
Wissengesellschaft**

**Fluchtrezepte, Burkas  
und die Hofburg**

Christine Schadenhofer  
**Dürfen wir Schweigen?**

Petra Paulsen  
**Ein Jahr danach  
und kein Ende in Sicht**



## **Inhalt**

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Fortschritt: Segen oder kreative Zerstörung.....	Seite 6
Helmut Detter Der steinige Weg zur Wissensgesellschaft.....	Seite 9
Ruprecht Kampe Sind die Nationalstaaten überholt?.....	Seite 12
Fluchtrezepte, Burkas und die Hofburg.....	Seite 16
Österreicher und Deutsche.....	Seite 20
Christine Schadenhofer Dürfen wir schweigen?.....	Seite 23
Verflixtes Deutsch.....	Seite 25
Petra Paulsen Ein Jahr danach und kein Ende in Sicht.....	Seite 26
Schweigepresse und neue Transparenz.....	Seite 28
Die geheuchelte Neugier.....	Seite 30
Daniel S: Vorbild ohne Identität.....	Seite 33
Christine Schadenhofer Die Gedanken sind frei.....	Seite 35

### **IMPRESSUM**

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer  
Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■  
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,  
E-mail: kirschhofer@drei.at ■ Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia / pixaby.com

[www.attersee-forum.at](http://www.attersee-forum.at)

## Vorwort des Herausgebers



Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

vor ziemlich genau einem Jahr beschäftigte sich der Attersee Report unter Titel „*Europa am Point of no return*“ mit den erwartbaren Folgen des Flüchtlingsheeres aus Orient und Afrika für unseren Kontinent. Zwei Wochen nachdem Angela Merkel ihre verhängnisvolle Botschaft „*Wir schaffen das*“ verkündet hatte, kam die Redaktion zu Schlüssen, die zur Überzeugung der deutschen Kanzlerin, aber auch zur Politik der eigenen Regierung einen krassen Gegensatz bildeten. Es war die Zeit, in der der Raiffeisen-Banker Christian Konrad als frisch gekürter Flüchtlingskoordinator die 53 000 Asylbewerber als Kleinigkeit („*sie füllen nicht einmal ein halbes Stadion*“) darstellte und in der es im rot-schwarz-grünen Biotop ganz allgemein populär war, gegen die Einführung von Obergrenzen zu wettern.

Inmitten einer wahren Orgie der Willkommenskultur kam der Attersee Report, gestützt auf handfeste Fakten, zu einer Sicht der Dinge, die sich ganz und gar nicht mit den Parolen des Zeitgeistes deckte. Einer der Kernsätze, mit denen die Redaktion ihren Standpunkt untermauerte, lautete: „*Die Arbeitslosenquote der Zuwanderer und deren Anteil an Straftaten liegt deutlich über dem der Österreicher, ihre berufliche Qualifikation ist deutlich geringer, ein volkswirtschaftlicher Nutzen (der Zuwanderer) ist nicht erkennbar*“. Der Gesamteindruck aus der Faktenlage mündete in die Feststellung: „*...Der Regierung von SPÖ und ÖVP ist die historische Schuld anzulasten, die fatalen Folgewirkungen eines nur zum Teil aus echten Asylanten bestehenden Heeres von Zuwanderern weder erkannt, noch verhindert zu haben.*“

Sätze wie diese galten damals als Sakrileg. Heute kann es an ihrer Richtigkeit keinen Zweifel mehr geben. Leider. Uns wäre eigentlich lieber gewesen, wir selbst hätten uns in der Einschätzung der Situation geirrt.

Was Frau Merkel betrifft, wünscht sie sich offenbar nichts sehnlicher, als diejenigen, die sie leichtfertig ins Land gerufen hatte, so rasch wie möglich wieder loszuwerden. In der Fraktion von CDU/CSU erklärte sie im Hinblick auf die Flüchtlinge am 1. September wörtlich: „*Für die nächsten Monate ist das wichtigste: Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung*“. Ein politischer Offenbarungseid.

Und Österreich? Ex-Kanzler Faymann sitzt an einem kleinen Schreibtisch der UNO in New York, sein Vize Mitterlehner bereitet sich - verstoßen von Anhängern und Öffentlicher Meinung - ebenfalls auf den Rückzug in die Bedeutungslosigkeit vor; Quartiermeister Konrad genießt wieder die Jagdfreuden, Kardinal Schönborn, Caritas-Chef Landau und die übrigen Mitglieder des Begrüßungskomitees für die Migranten hüllen sich in Schweigen. Die Bevölkerung fragt sich, wie konnte das alles nur geschehen?

Wir selbst fragen uns bedrückt, was wir als Medium gegen das Fahren der Politik in eine verkehrte Richtung eigentlich ausrichten können. Die Antwort lautet zwangsläufig: „*Wenig*“. Medien, auch solche mit großer Reichweite, können im Grunde den Gang der Dinge nicht verändern oder gar verhindern. Was uns bleibt, ist nur dies: Sorgfältig recherchieren, intensive Ausschau halten, Wissen sammeln und werten, den Zeitgeist kritisch hinterfragen, Fehlentwicklungen aufzeigen, sich von Drohgebärden des mainstream nicht beirren lassen und, wenn möglich, ein paar Denkanstöße geben.

Diese Absicht der Redaktion bestimmte auch die vorliegende Ausgabe. Wir hoffen, nicht ganz und gar umsonst.

Mit besten Grüßen,

KommR. Alois Gradauer  
Präsident des Atterseekreises

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Barometer verkündet milde Herbsttage, das politische Klima hingegen Frost. Neben den vielen Zerwürfnissen der Parteien ist auch die Art, wie darüber diskutiert wird, auf Tiefstwerte gesunken. Schuld daran haben nicht allein die Politiker, sondern bisweilen auch Mitläufer, wie etwa der Unternehmer H.P. Haselsteiner, der mit seiner finanziellen Macht eine beispiellose Verleumdungskampagne bestreitet, um einen in jeder Faser untadligen Menschen zu diskreditieren und vom höchsten Staatsamt fernzuhalten. Wortlaut der in allen Zeitungen geschalteten Inserate: *„Kommt Hofer, kommt Öxit, kommt Pleitewelle.“*

Es ist unbestritten, dass ein Milliardär gemeinsam mit einer Gruppe anderer Unternehmer das Recht hat, den Gegenkandidaten (v.d. Bellen) öffentlich zu unterstützen. Schmutzig ist es allerdings, dies mit unwahren Behauptungen zu tun. Am allerschlimmsten aber ist die Widerspruchslosigkeit, mit der die Werbekampagne Haselsteiners von den davon profitierenden Medien hingenommen wurde. Eigentlich hätte es in einem aufklärenden Begleittext zu den Anzeigen heißen müssen: *„Liebe Leser, wir drucken hier ein Inserat ab, für das wir gut bezahlt wurden. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass der Inhalt nicht stimmt, denn Norbert Hofer hat wiederholt ausdrücklich erklärt, dass er keinen Öxit befürwortet und dass eine Volksabstimmung für ihn nur dann infrage käme, wenn eine total verfehlte EU-Politik sie zwingend macht.“*

Die Medien haben diese Richtigstellung nicht vorgenommen. Sie handelten nach der alten Spruchweisheit *„wes Brot ich eß, des Lied ich sing...“* Lediglich die Kronenzeitung sprach explizit von einer Unterstellung gegen Hofer.

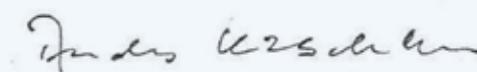
Der beschriebene Vorgang ist leider exemplarisch für unser bereits chronisch krankes politisches Diskussionswesen. Zu dessen besonderen Schmerzpunkten zählt auch der sehr schmal gewordene Spielraum des Bür-

gers, unkonventionelle Gedanken und Ideen frei und ohne Furcht vor moralischen Ächtungen äußern zu dürfen. Angesichts seiner Bedeutung sind diesem Problembündel in der vorliegenden Ausgabe wieder einige Beiträge gewidmet. Die Kommunikationsexpertin Christine Schadenhofer stellt u.a. die für viele Situationen des politischen Lebens geltende Frage: *„Dürfen wir schweigen?“*

Das Megaproblem unserer Zeit, die Migration und Umformung Europas, wird im Heft, abgesehen von einem bedrückenden Zustandsbericht Petra Paulsens aus Deutschland, von zwei ganz unterschiedlichen Perspektiven her beleuchtet: Der Marburger Politikwissenschaftler Ruprecht Kampe spürt der Frage nach, ob die Nationalstaaten überholt sind. Es ist diese eine Thematik, die im Zusammenhang mit einer notwendigen Reform der EU an Haupt und Gliedern noch viel Zank und Hader bewirken wird.

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet die kritische Betrachtung eines Problems, das in einer vorerst noch getarnten Form auftritt und nach Auffassung vieler Beobachter (darunter Persönlichkeiten wie der US-Amerikaner Bill Price oder der Philosoph Richard D. Precht) in seiner gewaltigen Dimension bislang völlig unterschätzt wurde. Es handelt sich um die allen Anzeichen nach umwälzenden Auswirkungen des technologischen und digitalen Wissens auf praktisch alle Bereiche unseres Lebens. Wichtige Aussagen zu diesem sich bereits abzeichnenden Paradigmenwechsel hat die Redaktion dem Wiener Wissenschaftler Univ. Prof. Helmut Detter zu danken. Wir hoffen, damit einen Anstoß zum Nachdenken über ein Problem zu geben, das dramatischer kaum vorstellbar ist. Es lautet in formelhafter Verkürzung lapidar: *„Wohin mit den Überflüssigen der Wissensgesellschaft?“*

Herzlichst,



Chefredakteur





Wird der Terminator bald zur Wirklichkeit?

# FORTSCHRITT: SEGEN ODER KREATIVE ZERSTÖRUNG?

## Visionen der Welt von morgen und ihre sozialpolitischen Fragezeichen

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

**M**an hält den Atem an und denkt zunächst an Utopien aus dem Reich der Phantasie. Aber es sind keine Utopien. Das, was ernsthafte Forscher unter den Schlagworten „Digitale Revolution“ und „Künstliche Intelligenz“ zu berichten haben, verdichtet sich immer mehr zu einer beklemmenden, unseren Alltag und die Gesellschaft radikal verändernden Realität. Die heute bereits publikumswirksamen Technologien wie Smartphone, online-banking, online-shopping, oder das Knüpfen fiktiver Freundschaften in den Sozialen Medien sind erst die Vorläufer eines Wandels mit einem ständig steigendem Tempo in Richtung künstlicher Intelligenz. Die Entwicklung hat eine Transformation der Gesellschaft in Gang gesetzt, die

zehnmal schneller abläuft und sich 300mal umfangreicher auswirken wird als die industrielle Revolution. (Quelle: McKinsay-Global Institute). Nur noch 50 weitere Jahre wird es laut einer Prognose des namhaften Gelehrten Jörg Schmidhuber (TU-München) dauern, bis wir auf einem kleinen Rechner so viel Rechenkraft wie 10 Milliarden Menschenhirne zusammen haben werden. Nahezu die gesamte Denkkraft unseres Planeten wird dann nicht in den Köpfen der Menschen stecken, sondern in nicht-biologischen Geräten. Die möglichen Konsequenzen sind dramatisch. „In einem Übermaß könnte künstliche Intelligenz in Zukunft zu mächtig werden, um noch durch Menschen kontrollierbar zu bleiben“, folgert der Technologie-Experte Elon Musk.

Dass bereits heute ein großes Maß an Abhängigkeit von Elektronenhirnen besteht, wurde uns unlängst am Flughafen Wien-Schwechat vorexerziert, als wegen einer Computerpanne rund siebzig Flüge abgesagt werden mußten und 6000 zutiefst verärgelter Passagiere, zwei Tage lang notdürftig versorgt, auf ihre Weiterreise warteten.

### Autonome Autos: Den Preis zahlt der Arbeitsmarkt

Wie sehr schlaue Roboter nicht nur Freunde, sondern auch Rivalen des Menschen sein können, wird sich ansonsten schon in naher Zukunft erweisen, wenn die selbstfahrenden Autos technisch ausgereift auf den Markt kommen. Die motorisierten Zauberer werden alles und noch einiges mehr können als ein menschlicher Fahrer. Sie werden beispielsweise nachts die Nähe von Wild und anderen Hindernissen erkennen, die dem menschlichen Auge verborgen sind. Das autonome Auto wird sicherer, aber auch ökonomischer fahren als die heutigen, konventionellen Fahrzeuge und es wird auch weniger Kraftstoff benötigen. Außerdem wird es keinen Mitreisenden geben müssen. Das selbstfahrende Auto wird somit in der Lage sein, Transporte allein zu bewältigen.

Das klingt sehr gut, hat aber einen hohen Preis, der auf dem Arbeitsmarkt zu bezahlen ist. Die autonomen Autos werden das gesamte Transportwesen gründlich durcheinander wirbeln und unter anderem der großen Zahl von Fernfahrern, Bus- oder Taxichauffeuren Kummer bereiten, will sie plötzlich ohne Job dastehen werden. Auch die Betreiber von Fahrschulen tun gut daran, sich rechtzeitig um einen neuen Broterwerb umzusehen. Auswirkungen spezieller Art sind vom autonomen Auto für diverse andere Bereiche, wie etwa das Versicherungswesen, die Verkehrspolizei oder die

Verkehrsplanung zu erwarten. Nicht zuletzt wird die neue Technologie die Mobilität der Bevölkerung stark beeinflussen.

Am Beispiel der selbstfahrenden Autos verdeutlichen sich ganz allgemein die breit gefächerten Folgewirkungen und das bisweilen sehr enge Beeinander von Fluch und Segen des Fortschritts.

### Gruselige Drohnen

Technologische Schübe haben ihren Ursprung häufig in der Kriegstechnik und dem Suchen nach wirksamen Waffensystemen. Das gilt auch für die Drohnen, also Miniflugzeuge, die sich dank künstlicher Intelligenz selbst lenken und erstmals im Irak zum Einsatz kamen. Die Drohnen sind mittlerweile dabei, die militärischen Strategien auf den Kopf zu stellen. US-Militärs wie etwa *Oberst Josef.A. Engelbrecht, jr.*, träumen bereits von ganzen

Schwärmen unbemannter Mini-Flugzeuge, die ferngesteuert in Schwärmen über feindliche Grenzen fliegen, und die gegnerische Luftabwehr lahmlegen. Die winzigen Militärmücken (jeweils kleiner als eine Fliege), könnten sich bei entsprechender Programmierung in die hardware fremder Computer einnisten und

Kurzschlüsse verursachen. Sie könnten aber auch kamikadzeartig die Gewehrläufe des Gegners verstopfen oder Gift in die Augen feindlicher Soldaten spritzen. Der Phantasie neuer Vernichtungstechniken sind ebenso wenig Grenzen gesetzt wie der Bereitschaft, Killermaschinen jeglicher Art skrupellos anzuwenden.

### Soziale Perspektiven

Selbst dann, wenn man Schreckensszenarien wie die der Drohnen beiseite schiebt, sind die sozialen Effekte des Zaubermitels Digitalisierung auf seinem un-

**“ In einem Übermaß könnte künstliche Intelligenz in Zukunft zu mächtig werden, um noch durch Menschen kontrollierbar zu bleiben“**



aufhaltsamen Siegeszug in die zivile Welt gewaltig. Das Megaproblem der Zukunft besteht darin, dass der Mensch durch die Automatisierung immer mehr aus angestammten Arbeitsbereichen verdrängt wird. Er gibt, wie Jay Tuck in seinem Buch „*Evolution ohne uns – wird künstliche Intelligenz uns töten?*“ immer neue Aufgaben an den Computer ab. Das gilt nicht nur für Produktionstechniken, sondern auch für Tätigkeiten im Finanz- und Bankwesen, Energieversorgung, Stadtplanung, Ressourcenverwaltung, Gesundheitswesen usw., usw.



Der Industrieroboter dient heute noch als Unterstützung. Wann ersetzt er den menschlichen Arbeiter komplett?

Eine prägende Begleiterscheinung der Digitalisierung ist die zunehmende Tendenz zur Spaltung der Gesellschaft in ein statistisch kleines Segment hochkarätiger Spezialisten und eine wachsende Zahl von funktionslos gewordenen Arbeitskräften. Laut einer Studie der Universität Oxford sind in den USA 47 Prozent der Arbeitsplätze mit einem hohen Risiko behaftet, bald durch den Computer verdrängt zu werden. Kein Wunder, dass angesichts solcher Befunde viele Gesellschaftswissenschaftler mit dem Entstehen einer Massenarbeitslosigkeit rechnen.

Unser Wirtschafts- und Sozialsystem ist nicht auf den kontinuierlichen Verlust von überflüssig gewordenen Arbeitsplätzen vorbereitet. Unter den kommenden Bedingungen werden Lohn- und Tarifverhandlungen zwischen den Sozialpartnern in der bisherigen Manier gegenstandslos. Im übrigen: Gegen den vom digitalen Umbruch bewirkten Jobabbau helfen keine Streiks, keine Betriebsräte und keine Gewerkschaften. Gegen hochintelligente Systeme und lernfähige Maschinen, die immer mehr die Arbeitsleistung von Menschen übernehmen, schützen auch keine politischen Parteien. Schon Joseph A. Schumpeter sprach in seiner in den 30er Jahren entwickelten Innovationstheorie von „*schöpferischer Zerstörung*“ und brachte damit zum Ausdruck, dass das Beschreiten neuer Wege, das „*Andersmachen*“ häufig

die Zerstörung übernommener Systeme und Verhaltensweisen bewirkt.

### Die Politik verkriecht sich

Politik, Wirtschafts- und Arbeitnehmervertretungen wissen nicht, wie sie der drohenden Entwicklung begegnen können. Man sollte meinen, dass angesichts einer solchen Situation über die aufziehenden Gewitterwolken diskutiert wird. In Wirklichkeit wird das Problem verdrängt. Die Politik verkriecht sich förmlich davor. Es ist bezeichnend, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit einseitig der Machbarkeit und dem Faszinosum computertechnischer Leistungen zuwendet, nicht aber den Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz auf Beruf, Arbeitswelt, Einkommensverteilung und letztlich auf die Existenzsicherung von Millionen Menschen. Auch in den Sommergesprächen des ORF mit den Parteichefs wurde das Megathema mit keinem Wort erwähnt. Indes, es läßt sich zwar

verschweigen, aber nicht verdrängen. Prof. Schmidhuber zieht als Spezialist für kognitive Robotik ein Fazit, das ein Gefühl des Fröstelns verursacht. „*Man wird sich daran gewöhnen müssen*“, sagt Schmidhuber, „*dass die Menschen irgendwann nicht mehr die wichtigsten Entscheider im Sonnensystem sein werden. Eine neue Art künstlichen Lebens wird fast alles besser können als wir. Das werden keine klassischen Maschinen mehr sein, sondern Persönlichkeiten, die sich laufend weiterentwickeln.*“

Unbeantwortet im Raum steht eine bange Frage: Werden die Computerwesen neben ihrer hoch entwickelten Ratio auch eine Art von moralischem Bewusstsein, etwas wie ein moralisches Gewissen haben? Oder werden sie eines fernen Tages in ihrer nüchternen Null-Eins-Intelligenz womöglich zur Erkenntnis kommen, dass die Menschheit eigentlich überflüssig ist und daraus emotionallos die Konsequenzen ziehen? ■

**„ Unser Wirtschafts- und Sozialsystem ist nicht auf den kontinuierlichen Verlust von überflüssig gewordenen Arbeitsplätzen vorbereitet.“**

### Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

war Stellv. Chefredakteur einer großen Tageszeitung und in weiterer Folge am Institut für Demoskopie Allensbach tätig, wo er zum Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle-Neumann zählte. In dieser Zeit als Berater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Mitgestalter einer Informationsstrategie der NATO. 1972 Aufbau der Institutgruppe IMAS-International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen.

Geht uns die Arbeit aus?

# DER STEINIGE WEG ZUR WISSENSGESELLSCHAFT

Von Helmut Detter

**D**er rasante Zuwachs des Wissens in allen Lebensbereichen beschleunigt gleichzeitig auch den Verzicht auf menschliche Arbeitskraft. Wurde der Mensch durch verbesserte Techniken ursprünglich von zumeist einfacher und schwerer körperlicher Arbeit befreit, werden neuerdings immer mehr auch höherwertige Tätigkeiten durch automatische Prozesse (intelligente Maschinen, Roboter, fahrerlose Autos, Drohnen, die Botendienste erledigen, u.v.m.) ersetzt. Damit ist ein komplexer Prozess in Gang gekommen, der tief in die Wirtschaft, Arbeitswelt, die Sozialpolitik und das Bildungswesen eingreift und die Gesellschaft als Ganzes verändern wird. Wir stehen am Beginn eines Paradigmenwechsels. Beim Versuch, ihn zu verstehen, ist es notwendig, die wichtigsten Einflußfaktoren zu erfassen. Aus der Vielfalt der wirkenden Einflussparameter ergibt sich durch entsprechenden Methodeneinsatz (PRAKOVES, Problemanalyse komplexer, vernetzter Systeme) ein fraktales Netzwerk in dem, strukturiert nach Mandelbrot, die jeweiligen Einflussparameter in ihrer Wirksamkeit positioniert sind.

Eine menschengerechte und damit ethische Nutzung neuen Wissens bedarf eines geeigneten sozialen Umfelds, um Fehlentwicklungen zu unterbinden. Vorteilhaft haben sich die Dinge in vergleichsweise demokratischen Strukturen entwickelt, was an der Geschichte der Industrienationen nachvollziehbar ist. Das Geheimnis



“  
Der rasante Zuwachs  
des Wissens in allen  
Lebensbereichen  
beschleunigt gleichzeitig  
auch den Verzicht  
auf menschliche  
Arbeitskraft.

des Erfolgs war bisher immer ein Prozess, der in ein Wachstum auf allen Ebenen mündete. Inzwischen sind aus einer Reihe von Gründen nicht mehr übersehbare Fehlentwicklungen aufgetreten. Zudem hat die Globalisierung der Märkte die Gewichte verschoben. Der Nutzen des Wachstums verlagert sich immer mehr auf die großen, meist multinationalen Konzerne auf Kosten der schwächeren Konkurrenten. Zu beklagen ist auch, dass der sinkende Bedarf an menschlicher Arbeitskraft infolge der Explosion des technologischen Wissens von einer dramatisch anwachsenden Ungleichheit des Wohlstands begleitet wird. Das Streben nach Gewinnmaximierung anstelle der Gewinnoptimierung hat zur Abkoppelung von Teilen der Finanzpolitik von der Realwirtschaft in die Richtung einer „Spekulationswirtschaft“ geführt, um nur einige dieser Fehlentwicklungen auf dem Weg zur Wissensgesellschaft zu erwähnen.

### Zwischen zwei Feuern

Die Nutzung des Profits aus wissenschaftlichem Fortschritt einem uneingeschränkt freien Spiel der Kräfte zu überlassen, ist offenbar nicht der richtige Ansatz zur Lösung der auftauchenden Probleme. Um keinen Deut mehr Vertrauen als die wirtschaftsliberale Handhabe verdienen freilich auch totalitäre, planwirtschaftliche Systeme nach dem Muster der ehemaligen Ostblockstaaten. Sie haben ihr Unvermögen, Wissenschaft und Technik in soziales Wohlbefinden umzusetzen, durch ihren Zusammenbruch vor 25 Jahren deutlich genug unter Beweis gestellt. Das Dilemma der Gegenwart besteht also letztlich darin, dass weder eine radikal auf Wettbewerb und ökonomische Ratio gegründete Ordnung, noch ein auf staatlicher Patronanz aufbauendes System eine ausreichende Kompetenz für die jetzt auf uns zukommenden Probleme besitzt.

Die Situation ist wahrhaftig prekär, wenn man bedenkt, dass der Zuwachs an technologischem Wissen in der Vergangenheit zu einer ständigen Vermehrung und Verfeinerung des Angebots an Waren und

Dienstleistungen geführt hat. Die Ausdehnung des Konsums war gedeckt durch eine ausreichend vorhandene Kaufkraft. Dieser Prozess hat in der klassischen Job-economy, also der Abgeltung der Arbeitsleistung im Rahmen fester Verträge, über Jahrzehnte hinweg einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften aller Art bewirkt. Motor der Entwicklung war natürlich das Vorhandensein von Wachstum. Der beschriebene Mechanismus ist nun angesichts der veränderten Rahmenbedingungen an seine Grenze gestoßen. Die Entwicklung ist am Kippen. Kennzeichnend dafür ist die zunehmende Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer und der verstärkte Auftritt von Wettbewerbern aus Schwellenländern. Es besteht ein permanenter „Schlussverkauf“, eine Schwemme an „Billigangeboten“, ausgelöst von der Suche nach Margen.

Hinter allen Vorgängen taucht immer wieder die Frage nach den Arbeitsplätzen auf. Wie sichert man trotz und gerade wegen der faszinierenden Möglichkeiten, dem Menschen das Leben zu erleichtern, seine eigene Existenz? Wie gibt man ihm, nachdem man seine alte Arbeit wegrationalisiert hat, eine neue Lebensgrundlage?



“  
Zu bedenken ist im übrigen, dass der Verlust an Arbeit auch einen Verlust an menschlicher Würde bedeutet und eine Verschlechterung der Position in der Gesellschaft bewirkt.

Zu bedenken ist im übrigen, dass der Verlust an Arbeit auch einen Verlust an menschlicher Würde bedeutet und eine Verschlechterung der Position in der Gesellschaft bewirkt. Darüber hinaus verliert ein Mensch ohne Einkommen auch seinen Nutzwert als Konsument. Er wird als Erwerbsloser sogar zu einem wirtschaftlichen Störfaktor.

### Auf Technologiesprünge folgten Job-Wanderungen

In früheren Zeiten haben Technologie- und Wissenssprünge Wanderungsbewegungen innerhalb der Berufswelt ausgelöst. Salopp gesprochen: Aus dem Landarbeiter wurde der Mann am Hochofen, aus dem Hufschmied ein Automechaniker, aus der Wäscherin eine Telefonistin. Die bisherigen beruflichen Wanderungen vollzogen sich fast ausschließlich im Rahmen der klassischen job-economy. Damit ist es vorbei, seit die unaufhaltsam fortschreitende Digitalisierung dem weiteren Wachstum von Arbeitsplätzen immer deutlicher ein Stop-Zeichen setzt. Unter den radikal veränderten Bedingungen in der Berufswelt ist es auch nicht mehr situationsgerecht, den Begriff „Arbeit“ zu verwenden. Angesichts der fortschreitenden Entkoppelung der Berufswelt von der starren job-economy wäre es angemessener, von „Tätigkeit“ zu reden. „Tätig“ kann man als Selbstständiger in vielen Bereichen und vor allem in allen drei Sektoren (Landwirtschaft, Industrie/Gewerbe, Dienstleistung) der Wirtschaft sein. Darunter fallen auch Tätigkeiten, die einer unmittelbaren Monetarisierung nicht zugänglich sind, wie etwa die in sozialen Bereichen. Angesagt für die Sicherung der eigenen Existenz ist in jedem Fall eine extreme Flexibilität, die Fähigkeit, auf andere Tätigkeiten umzusteigen und die Bereitschaft, berufliche

Aufgaben außerhalb genormter Zeiten zu erledigen. Gefordert ist insofern ein unternehmerisches Denken des Arbeitnehmers.

Dennoch ist absehbar, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung (die Schätzungen liegen zwischen 35 und 45 Prozent) den modernen Ansprüchen entweder nicht gerecht werden kann, oder aber keinen Job findet, weil Roboter und ausgeklügelte digitale Systeme zur übermächtigen Konkurrenz geworden sind und den Bedarf an Arbeit und Dienstleistungen ohnehin decken. Dort, wo Bedarf am ehesten noch zu erwarten ist, nämlich im Bereich der sozialen Dienstleistungen, handelt es sich um Tätigkeiten, die kaum oder gar nicht wertschöpfend sind und sich kaum monetarisieren lassen.

Es darf angenommen werden, dass derzeit noch ein begrenztes regionales Wachstum in allen drei Wirtschaftssektoren besteht. Dieser Zustand ist jedoch mit einem Ablaufdatum behaftet. Gegenstrategien für das, was danach kommt, sind einstweilen nicht in Sicht. Andiskutiert wurde bisher allenfalls die Einführung einer Grundsicherung für die große Zahl derer, die in der Berufswelt überflüssig werden. Die Idee führt unweigerlich zur Frage: Wer zahlt's?

Und noch etwas hat Explosionsgefahr, nämlich die Frage nach der materiellen Nutzung der Rationalisierungs- und Automatisierungseffekte.

Der Weg zur Wissensgesellschaft ist steinig. ■

**“ Der Nutzen des Wachstums verlagert sich immer mehr auf die großen, meist multinationalen Konzerne auf Kosten der schwächeren Konkurrenten. ”**

**em. o. Univ.Prof. Dr. Helmut DETTER** ist Gründer der Themen Tribologie, flexible Automation und Mikrosystematik in Österreich. Zwei erfolgreiche K-Zentren mit mehr als 200 Mitarbeitern sind daraus hervorgegangen. In weiteren Themenfeldern wie Technologietransfer und Szenarioplanung als Dienstleistungsangebot für Unternehmen, hat er die PROVAKES-Methode (Problemanalyse komplexer vernetzter Systeme) entwickelt. Detaillierte Unterlagen zum gegenständlichen Beitrag können über Anfrage (detter@ccc.at) abgerufen werden.

**“ Er wird als Erwerbsloser sogar zu einem wirtschaftlichen Störfaktor. ”**

# SIND DIE NATIONAL



**N**icht wenige Intellektuelle vertreten die Auffassung, dass im Zeitalter der Globalisierung die Nationalstaaten überholt seien, wobei das insbesondere für Europa zutreffen soll. An die Stelle eines Europas der Nationalstaaten oder Vaterländer, wie es de Gaulle formulierte, müßten die "Vereinigten Staaten von Europa" treten mit einer zentralen Regierung und einem aus gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen europäischen Parlament. Wer dagegen an der Unverzichtbarkeit der Nationalstaaten festhalten wolle und an einer von den Beschlüssen der Nationalstaaten abhängigen "Europäischen Kommission", die sich darauf beschränkt, Beschlüsse der Nationalstaaten umzusetzen, sei schlicht ein uneinsichtiger Reaktionsär. Was ist dagegen einzuwenden?

## Barrieren der Unterschiedlichkeit

Zunächst ist ein Blick auf die Genesis von

Nationalstaaten nützlich. Diese entstanden - aufs Ganze gesehen - nicht zuletzt aus dem Willen einer Mehrheit von Menschen aus unterschiedlichen Stämmen und schließlich Einzelstaaten, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ähnliche Interessen verband. Die Gemeinsamkeiten ergaben sich einerseits aus gemeinsamer Sprache, gemeinsamen kulturellen Traditionen und gemeinsamen oder ähnlichen geschichtlichen Erfahrungen sowie aus einer in vielerlei Hinsicht gemeinsamen Interessenlage. Wiederholt waren sie insbesondere auch Opfer von Übergriffen auswärtiger Mächte geworden, derer sich zu erwehren sie jeder für sich zu schwach waren. Vor allem sprachen auch wirtschaftliche Interessen für einen größeren Zusammenschluß ohne Grenzen und unterschiedliche Normen. Natürlich gab es in jedem dieser Einzelstaaten, die sich zu einem Nationalstaat zusammenschlossen, auch die, die sich einer solchen Vereinigung entgegenstellten, so dass der

# STAATEN ÜBERHOLT?

Drei Gründe, die dagegen sprechen / Von Ruprecht Kampe



Entstehung von Nationalstaaten meist auch gewalttätige Auseinandersetzungen vorausgingen.

Sind diese Voraussetzungen, so wäre zu fragen, auch als Einigungsmotive für einen erfolgreichen Zusammenschluß der europäischen Nationalstaaten zu einem europäischen Einheitsstaat gegeben? Offenkundig ist das nicht der Fall; denn weder existiert eine gemeinsame Sprache, noch kann, bis auf das Erlebnis der beiden Weltkriege, das allerdings sehr unterschiedlicher Art war hinaus, von prägenden gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen gesprochen werden. Auch unterscheiden sich die europäischen Nationen nach wie vor sehr deutlich in spezifischen nationalen Traditionen und Mentalitäten. Selbst in der Weise, wie die europäischen Nationalstaaten europäische Beschlüsse umsetzen, unterscheiden sie sich deutlich. Nicht zuletzt sind auch die wirtschaftlichen

Interessen in wichtigen Punkten durchaus verschiedenartig.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, dass die Divergenz der Sprachen, der kulturellen Voraussetzungen und Mentalitäten, der geschichtlichen Erfahrungen, außerdem die Unterschiede in der Wirtschaftskraft und Wirtschaftslenkung sowie der Rechtssysteme und der sozialen Ordnung noch so groß sind, dass jeder Versuch zur Schaffung "Vereinigter Staaten von Europa" zum Scheitern verurteilt ist.

## Die Nationalstaaten als mentale Stützpunkte

Nicht zu übersehen ist, dass mit der Bildung demokratischer Nationalstaaten und der Abschaffung aller ständischen Vorrechte im Empfinden der Bevölkerungsmehrheit ein Gefühl von Schicksalsgemeinschaft entstanden war, galten doch nunmehr für

### Dr. Ruprecht Kampe

war nach dem Studium von Physik und Mathematik zunächst Gymnasiallehrer in Hamburg. Nach einem Zweitstudium der Politik (in Marburg) sowie einigen Semestern Pädagogik und Psychologie verlagerte sich seine Tätigkeit in Forschung und Lehre auf die Gesellschaftswissenschaften an Universität und Gymnasium. Für seinen Lebensweg und sein Verständnis gesellschaftlicher Prozesse wurden für Dr. Kampe die Erfahrungen mit der Studentenrebellion 1968 an der Universität Marburg bedeutsam.

alle Bürger die gleichen Rechte und Pflichten in Friedens- und Kriegszeiten. Daher machte es für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einen maßgeblichen Unterschied, ob man in einem wohlhabenden, prosperierenden und gut verwalteten Staat lebte mit einem leistungsfähigen, für alle Bürger zugänglichen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem oder nicht. Geriet der Staat in eine Krise, so betraf sie alle Glieder dieser Gesellschaft, ebenso wie alle von einem leistungsfähigen Staat, der auch die Sicherheit und Freiheit des einzelnen Bürgers schützte, profitierten. Somit waren in der Tat alle Voraussetzungen für eine Schicksalsgemeinschaft gegeben.

Allerdings gab und gibt es auch eine Wohlstands- und Bildungselite, auf die die Prämissen der Gemeinsamkeit nur bedingt zutreffen. Heutzutage haben Personen mit Elitemerkmalen in Studium und Beruf meist Jahre im Ausland zugebracht und sich Qualifikationen erworben, die es ihnen ermöglichen, jederzeit auch im Ausland ihren Unterhalt zu bestreiten und vor Ort ein befriedigendes Zusammenleben mit Menschen aufzubauen, die ähnliche Voraussetzungen mitbringen. Große Teile der heute praktizierten Kultur in Gestalt von Konzerten, Opern, Theatern oder im Rahmen der Popkultur sind in der Welt ohnehin international und einheitlich geworden. Gleiches gilt für Sprachgewandte und Interessierte auch im Rahmen von Wissenschaft und Literatur. Für die Mitglieder dieser Elite hat sich daher die Bindung an ihr Geburtsland und das Gefühl der Verantwortlichkeit ihm gegenüber sehr gelockert. Es braucht sie also nicht zu berühren, welche politischen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklun-

gen sich in ihrem Heimatland vollziehen, zumal sie sich letztendlich häufig ganz in einem Land ihrer Wahl niederlassen und am Ende sogar die Staatsangehörigkeit wechseln.

Doch diese Herauslösung aus der heimatischen "Schicksalsgemeinschaft", die auch der Reichtum jederzeit ermöglicht, gilt eben nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Für diese sind nach wie vor die Verhältnisse in ihrem eigenen Land von ausschlaggebender Bedeutung. Die Vorstellung, die vertrauten Bedingungen zugunsten unkalkulierbarer Veränderungen und vielfach auch Verschlechterungen in einem übernationalen Staat einzutauschen, wird gerade in den besonders funktionsfähigen oder traditionsbewußten Staaten auf entschiedene Ablehnung stoßen.

### Die Nationalstaaten als Stätten politischer Mitbestimmung und Kontrolle

Es kommt jedoch ein Weiteres hinzu und das betrifft alle Mitglieder eines zu gründenden neuen Großstaats "Europa", nämlich der drastische Verlust an demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle. Schon in den großen Flächenstaaten wie Deutschland sind diese Postulate trotz der föderativen Struktur nur noch bedingt zu gewährleisten. In einem "Großeuropa" würden Kontrolle und demokratische Mitbestimmung aber selbst für größere Gruppen ähnlich Gesinnter gegen Null gehen. Dagegen droht sich hier der schwer kontrollierbare Einfluß starker Lobbygruppen nochmals deutlich zu verstärken. Die Bevölkerung müßte Gesetze und Regelungen auch dann hinnehmen, wenn sie ihnen zutiefst mißfallen, zumal sich die Interessen der intervenierenden Einflußgruppen oft deutlich von den ihren unterscheiden.

**“ Die Vorstellung, die vertrauten Bedingungen zugunsten unkalkulierbarer Veränderungen und vielfach auch Verschlechterungen in einem übernationalen Staat einzutauschen, wird gerade in den besonders funktionsfähigen oder traditionsbewußten Staaten auf entschiedene Ablehnung stoßen.**

Damit wurde übrigens zugleich der wichtigste Grund dafür genannt, weshalb sich eine Mehrheit in Großbritannien für den Austritt aus der EU entschied. Es ging ihr vor allem darum, eine effektive Kontrolle über die Regelung ihrer Angelegenheiten im eigenen, britischen Interesse durchzusetzen. Das betraf insbesondere die Flüchtlingsfrage und die in der EU geltenden Freizügigkeiten für EU-Bürger im Hinblick auf Arbeitsaufnahme und Niederlassung in einem anderen Mitgliedsland. Darin aber sah der ärmere und weniger qualifizierte Teil der Bevölkerung eine Bedrohung seiner Lebenslage infolge einer zunehmenden Zahl neuer Konkurrenten um Arbeitsplätze, billige Wohnungen und Sozialleistungen. Es kann somit nicht überraschen, dass vor allem dieser Teil der Bevölkerung für den Brexit stimmte. Bezeichnenderweise lautete das Verhältnis des durchschnittlichen Einkommens von Befürwortern des Austritts und Bleibewollenden 1:2 (ca. 20.000 : 40.000 €).

### **Subsidiarität ist unabdingbar**

Es wäre freilich ein arges Mißverständnis, dieses Plädoyer für die Erhaltung und Bedeutung der Nationalstaaten als Ablehnung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls und eines auch politisch-institutionell engeren Zusammenwachsens der europäischen Staaten zu betrachten. Das gilt auch im Hinblick auf die Europäische Kommission und das europäische Parlament. Die Kommission hat die Aufgabe, im Auftrag und unter der Kontrolle der Nationalstaaten diejenigen Aufgaben wahrzunehmen, die wirkungsvoll und europazentral geregelt werden können. Anders als bisher gilt es, das Prinzip der Subsidiarität strikt zu beachten und jeden vermeidbaren Eingriff in die innere Gestaltung eines Mitgliedsstaates zu unterlassen.

Eine Analyse derjenigen Aufgaben, die nur europazentral und mit Hilfe der Europäischen Kommission angemessen und wirkungsvoll gelöst werden können, ist jedoch bereits ein neues, eigenes Thema. ■



# FLUCHTREZEPTE, BURKAS UND DIE HOFBURG



**D**as Wichtigste ist, sein Haus oder die Wohnung einbruchssicher machen, rät das oberösterreichische Landeskriminalamt der Bevölkerung. Türen sichern, am besten mit einem Querriegel oder einem Stahlkettenschloss, damit die Tür nur einen Spalt weit aufgeht, wenn man hinausschaut; außerdem nicht bei gekipptem oder gar offenem Fenster schlafen und nachts oder bei Abwesenheit die Jalousien und Rollos herunterlassen. Ansonsten Augen offen halten, Verdächtiges melden. Wenn man beispielsweise jemand beobachtet, der einem suspekt vorkommt, weil er im Auto die Siedlung auskundschaften will, die Polizei rufen. In sozialen Netzwerken keine Absichten von Urlaubs- oder Erholungsreisen preisgeben. Ganz wichtig: Gefahrenszenarien durchspielen: Wo liegt mein Handy? Sind die Notrufnummern gespeichert? Wo habe ich in der Wohnung ein Fluchtzimmer, aus dem ich Alarm schlagen kann?

Anlaß für die polizeilichen Tips war der Überfall auf eine schlafende Leondinger Seniorin durch drei Russen, die über den Balkon eingestiegen waren.

Der Ratschlag zu erhöhter Vorsicht im Alltag gilt freilich nicht nur für den häuslichen, sondern auch für den öffentlichen Bereich. Erhöhte Wachsamkeit empfiehlt die Exekutive insbesondere bei großen Menschenansammlungen, wie etwa bei Großveranstaltungen. Als Verhaltensregel

gilt u.a., keine Rucksäcke zu tragen, um nicht routinemäßig kontrolliert zu werden.

Die Polizei selbst erhöht bei solchen Anlässen von sich aus ihre Anstrengungen zur Sicherheit der Bewohner. Wenn sich auf dem Urfahrner Markt die Schaukeln und Ringelspiele drehen, stehen heutzutage ungleich mehr Uniformierte im Hintergrund als in früheren Zeiten. Ähnliches gilt für die Linzer Klangwolke oder das bereits zur Tradition gewordene Krone-Fest, das heuer von 100 zusätzlichen Einsatzkräften beschirmt wurde. Zu den neu eingeführten Sicherheitsmaßnahmen gehörte es auch, die Besuchermassen über bestimmte Routen in die Innenstadt zu geleiten und Sperrkreise mit Barrieren zu errichten, die das Durchkommen unerbetener Autos oder Lastwagen verhindern. Ein selbstverständlicher polizeilicher Behelf in praktisch allen Städten sind Überwachungskameras, mit denen an neuralgischen Punkten das Geschehen beobachtet werden kann.

### **Die Bürger sollen sich an die Gefahren gewöhnen**

Der deutsche Innenminister de Maiziere hält es für notwendig, dass sich die Gesellschaft zunehmend an terroristische Gefahren anpasst und sich an erhöhte Sicherheitsmaßnahmen wie längere Warteschlangen, stärkere Kontrollen oder personengebundene Eintrittskarten gewöhnt. Das sei lästig, unbequem und koste Zeit, sei aber seiner Meinung nach keine Einschränkung der Freiheit. Der unfassbare Zusatz de Maizieres ist charakteristisch für die Beschwichtigungen der Trabanten Angela Merkels, nachdem die wahnwitzige Willkommenspolitik der deutschen Kanzlerin den Kontinent innerhalb eines einzigen Jahres in einen trostlosen Zustand versetzt hat.

Wie es in Deutschland selbst aussieht, geht aus handfesten Fakten hervor. Demnach rechnet der deutsche Verfassungsschutz gegenwärtig mit mehr als 43 000 aktiven Islamisten. Ihre Zahl ist in den letzten Jah-

ren stetig gewachsen. Den in Deutschland lebenden Salafisten - einer besonders konservativen Strömung innerhalb des Islam - werden mittlerweile 8650 Personen zugerechnet. Die deutschen Sicherheitsbehörden stufen viele Islamisten als gefährlich ein. Etwa 1100 werden dem islamisch-terroristischen Spektrum zugeordnet. Darunter sind fast 500 sogenannte „Gefährder“, also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, einen Terrorakt zu begehen. Verschärft wird die Lage noch dadurch, dass die radikalen Islamisten immer wieder versuchen, Flüchtlinge anzuwerben. Laut Verfassungspräsident Maaßen sind 340 solcher Fälle bekannt geworden, vermutlich gebe es aber noch viel mehr.

Eine politische Pikanterie am Rande: Am selben Tag, als die zitierten Fakten an die Öffentlichkeit gelangten, stellte sich der deutsche Bundespräsident Gauck nochmals hinter Frau Merkels unsägliches Kredo: „Wir schaffen es“.

### **Abschied von der Normalität des Alltags**

Österreich ist von den großen Terrorakten, wie sie in Belgien, Frankreich oder Deutschland geschahen, einstweilen verschont geblieben. Die Ausländerkriminalität beschränkte sich hierzulande auf Einzelaktionen wie Raubüberfälle, Einbrüche, Drogenhandel, sexuelle Belästigungen. Aber selbst dann, wenn man Terror und Individualverbrechen nicht zum Mass-



“ **Der deutsche Innenminister de Maiziere hält es für notwendig, dass sich die Gesellschaft zunehmend an terroristische Gefahren anpasst und sich an erhöhte Sicherheitsmaßnahmen wie längere Warteschlangen, stärkere Kontrollen oder personengebundene Eintrittskarten gewöhnt. Das sei lästig, unbequem und koste Zeit, sei aber seiner Meinung nach keine Einschränkung der Freiheit.**

*Grund hierfür ist unter anderem auch der Islamisten-Prediger Pierre Vogel, welcher in Deutschland öffentlich den Islam als die wahre Weltreligion verkauft.*



“ Die islamische Kleidungsgewohnheit hat weder etwas mit Mode zu tun, noch ist sie eine Tracht, die man als naive Folklore abhaken könnte. Sie ist vielmehr die Bekundung einer uns völlig fremden Lebensform.

stab der Bewertung nimmt und auch die polizeiliche Empfehlung zur Fluchtplanung in der eigenen Wohnung außer acht lässt, hat der Alltag seine österreichische Normalität verloren. Wer beispielsweise in Wien mit der U-6 den Gürtel entlang fährt, oder in Linz die Strassenbahn nach Ebelsberg nimmt, dem kann es passieren, dass er umgeben ist von Typen aus 1000 und einer Nacht, mit einem Gehabe wie in einem orientalischen Basar und einem Gewirr von Sprachen, die nicht für unser Verständnis geschaffen sind. Es kann sein, daß sich der Österreicher in diesem Milieu sehr verlassen und unbehaglich fühlt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir uns zumindest in großen Teilen unserer Städte nicht erst am Beginn, sondern bereits inmitten einer Parallelgesellschaft befinden, die ihren eigenen Verhaltensregeln folgt. Der unlängst von der Regierung vorgelegte Integrationsbericht eines Expertenrats dokumentiert die gescheiterte Migrationspolitik und gleicht einem Offenbarungseid. Die zentralen

Aussagen des Integrationsberichts lauten: Im Jahr 2015 wurden 9000 Asylanträge gestellt. Das Zuwanderungsplus betrug allein in diesem Zeitraum 113 000 Personen. Der Bildungsgrad der Zuwanderer ist niedrig, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Der Anteil der Zugewanderten an der Verurteilung für Straftaten ist viermal höher als bei Inländern. Die Integrationsbereitschaft ist laut dem offiziellen Bericht vor allem bei den Türken gering. Die Mehrheit der hier lebenden Türken fühlt sich Österreich weniger zugehörig als der Türkei.

### **Hidschab und Burka sind verweigte Integration**

Den lebenden Beweis für die geringe Integrationsbereitschaft liefern die Strassenbilder unserer Städte, in denen die islamische Klei-

derordnung in abgestuften Varianten von Hidschab über Tschador und Nikab bis zur total verhüllenden Burka besichtigt werden kann. Was von den Verniedlichern des Zuzugs fremder Ethnien gern übersehen wird: Die islamische Kleidungsgewohnheit hat weder etwas mit Mode zu tun, noch ist sie eine Tracht, die man als naive Folklore abhaken könnte. Sie ist vielmehr die Bekundung einer uns völlig fremden Lebensform. Eine verhüllte Frau verweigert, wie es ein FAZ-Leser treffend beschrieb, bewusst oder unbewusst, freiwillig oder gezwungen die Kommunikation und damit auch die Integration.

Es ist ganz allgemein nicht länger zu bestreiten, daß sich in Österreich zwei total unterschiedliche Religionen etabliert haben, wobei eine – die islamische – über die ungleich stärkere Durchsetzungskraft verfügt. Ihre zahlenmäßige Verbreitung ist einstweilen zwar noch geringer als die christliche, ihre Anhänger und geistlichen Führer sind jedoch jünger, dynamischer und sendungsbewusster. Der Einfluss der Moscheen ist im Zunehmen, jener der Kirche im Schwinden.

### Verlust der politischen Kontrolle über die Zuwanderung

Die Beweise für das Misslingen eines gedeihlichen Zusammenwachsens von einheimischer und fremder Bevölkerung sind vielfältig und erdrückend. Es bedarf keiner allzu grossen analytischen Fähigkeit, um festzustellen, dass die rot-schwarze Regierung unter Faymann/Mitterlehner im Einklang mit Angela Merkel, den Bundespräsidenten Österreichs und Deutschlands, den salbungsvollen Sprüchen des Klerus sowie einer grünlich gefärbten Schickeria die Kontrolle über die Migration verloren hatte. Die nachrückenden Politiker vom Schlage Kurz, Sobotka und Doskozil versuchen, mit einer härteren Gangart das Boot vor dem totalen Kentern zu retten. Das ist löblich, besitzt aber nur begrenzte Erfolgsaussichten.

Zum einen, weil die angepeilten Massnahmen nicht weit genug reichen, zum zweiten, weil die innere Zerrissenheit von SPÖ und ÖVP kein geschlossenes Vorgehen dieser Parteien erlaubt. Die Aktionen der Regierung sind im Grunde immer noch halbherzig und bestimmt von der Rücksichtnahme auf Teilgruppen oder Persönlichkeiten, die einen rigideren Kurs in der Migrationspolitik nicht mittragen wollen.

### Die Hofburg darf kein Bremserhäuschen sein

Was die Politik Wiens bisher in sträflicher Weise versäumt und nachzuholen hat, ist der konsequente Schutz unseres säkularen Rechtsstaats und unserer Lebenswelt. Das bedingt ein striktes Anpassungsverbot an den Islam in allen seinen Erscheinungsformen.

“ In der Hofburg hat lang genug ein Bremser amtiert. Das Land verträgt gerade jetzt keinen zweiten.

Unter diesem Aspekt bekommt die bevorstehende Wahl unseres Bundespräsidenten eine spezielle Note. Es wäre verhängnisvoll, wenn in der Phase

einer zwingend erforderlichen Neuorientierung unserer Flüchtlingspolitik ein Mann an die Spitze des Staats gelangen würde, der in seiner grünen Gesinnung genau das Gegenteil von dem zum Ziel hat, was Österreich jetzt gut täte.

In der Hofburg hat lang genug ein Bremser amtiert. Das Land verträgt gerade jetzt keinen zweiten. ■ *Aki-*



# ÖSTERREICHER

## GEWANDELTE

### Demoskopische Betrachtung einer Nachbarschaft der besonderen Art

Die Geschichte Deutschlands und Österreichs ist gekennzeichnet von enger kultureller Verflechtung, aber auch von Phasen politischer und sogar militärischer Gegnerschaft. Mittlerweile hat die Zugehörigkeit der beiden sprachverwandten Wohlstandsländer zur EU ganz neue Rahmenbedingungen für das Zusammenleben geschaffen. Das Hegemoniestreben von einst hat seine Sinnhaftigkeit verloren und wurde von der gemeinsamen Suche nach Synergien innerhalb der europäischen Gemeinschaft unter vorwiegend wirtschaftlichen Überlegungen abgelöst. Was zählt, sind Nutzerwartungen, die sich über einen weiten Bogen von Hoffnungen spannen.

Wie es mit den mentalen Beziehungen der Deutschen zur Alpenrepublik bestellt ist, geht aus einer aktuellen Untersuchung des Münchner IMAS-Instituts hervor, die sich auf der breiten Basis von 2000 Interviews mit der Einschätzung der EU-Mitglieder durch die Bundesbürger beschäftigte.

#### Beziehungspflege: Platz Zwei nach Frankreich

Die demoskopische Neugier richtete sich zunächst auf die Frage, mit welchen europäischen Ländern Deutschland besonders gute und enge Beziehungen pflegen sollte. Dabei verwiesen 59 Prozent der Befragten in erster Linie auf Frankreich, 49 Prozent auf das somit zweitplatzierte Österreich, 46 Prozent auf Großbritannien und 44 Prozent auf Holland.

Hoch im Kurs stehen bei den Deutschen überdies die Schweiz und Dänemark. In einem mittleren Bedeutungsbereich – (dotiert mit rund einem Drittel der Stimmen) – findet man Schweden, Polen, Spanien, Belgien, Italien und Norwegen.



Das untere Drittel der Empfehlungen wird angeführt von der Türkei, Tschechien, den baltischen Ländern und Kroatien. Nur mehr jeweils ein

Österreich als  
Partner Nr. 2

# UND DEUTSCHE: PERSPEKTIVEN



Fünftel der Deutschen befürworten eine Kooperation mit den übrigen getesteten Staaten. Darunter befinden sich auch die Ukraine und Rußland.

+ 17 %) am stärksten gestiegen. Bei allen übrigen europäischen Staaten waren die Sympathiezuwächse deutlich geringer.

## Die nützlichsten Absatzmärkte

In weiterer Folge wollte das IMAS von den Befragten wissen, welche Länder ihrer Ansicht nach besonders gute Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft darstellen. Diesmal engten sich die Antworten auf drei Staaten ein, nämlich Frankreich (von 44 Prozent genannt), Rußland (38 Prozent) und Großbritannien (35 Prozent). Überdurchschnittlich hoch ist das Ansehen als Absatzmarkt ansonsten auch von Österreich (29 Prozent), Polen und Spanien (je 25 Prozent) sowie Holland und Schweiz (je 24 Prozent). Die restlichen Länder, darunter Italien und die Türkei, notieren bei der deutschen Bevölkerung hinsichtlich des wirtschaftlichen Nutzens erheblich schwächer.

## Unangefochtene Wesensähnlichkeit

Unabhängig von der rationalen Einschätzung des wirtschaftlichen Nutzens nimmt Österreich im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung eine klare Sonderstellung ein als jenes Land, in dem „die Menschen uns Deutschen am ähnlichsten sind“. Genau genommen, sind es 52 Prozent, die bei der Frage nach der Artverwandtschaft vorwiegend auf Österreich verweisen. Erst nach

Innerhalb der letzten fünf Jahre sind die Empfehlungsraten für eine enge Zusammenarbeit mit Dänemark und Belgien (jeweils + 18%) sowie Österreich und Schweiz (jeweils

52%  
fühlen sich mit  
den Österreichern  
artverwandt

Die Wesensähnlichkeit mit allen süd- und osteuropäischen Staaten sehen die Deutschen als sehr gering.

großen Abstand folgen Zuordnungen zur Schweiz (33 Prozent), Holland (28 Prozent) und Dänemark (23 Prozent).

Durchwegs sehr gering ist der Eindruck der Deutschen von einer Wesensähnlichkeit mit praktisch allen süd- und osteuropäischen Staaten. Eine Ausnahme bildet Polen, das von immerhin jeden zehnten Deutschen als artverwandt eingestuft wird.

### Piefke ist Vergangenheit

Aus einer zeitlich etwas früher von IMAS-International durchgeführten Paralleluntersuchung in Deutschland und Österreich läßt sich ableiten, daß die Bewohner der beiden deutschsprachigen Nachbarstaaten einander mit weit überwiegender Sympathie begegnen. Rund drei Viertel der Deutschen haben eine grundsätzlich gute Meinung von den Österreichern, etwa drei Fünftel der Österreicher mögen umgekehrt die Deutschen. Die Abneigung gegenüber der jeweils anderen Bevölkerung beläuft sich in der Bundesrepublik auf rund ein Neuntel, in Österreich auf rund ein Viertel der Bewohner.

Daß die Österreicher eine vergleichsweise etwas distanziertere Haltung zu den deutschen Nachbarn beziehen als umgekehrt, hängt wohl weniger mit den historischen Ressentiments, als mit dem Gefühl zusammen, das Bewohner kleinerer Länder ganz allgemein im Schatten großer Staaten verspüren. Anzeichen einer tief empfundenen Abneigung zwischen Österreichern und Deutschen sind statistisch jedenfalls kaum wahrnehmbar. Eine uneingeschränkt schlechte Meinung von den Bewohnern

des Nachbarlandes wurde in Österreich bei lediglich vier, in der Bundesrepublik sogar nur von zwei Prozent der Erwachsenen registriert.

Was Österreich betrifft, symbolisiert der preußische Militärmusiker Gottfried Piefke nicht länger den ungeliebten Typus des schnoddrigen, schnarrenden und arroganten Deutschen. Piefke hat sich im Bewußtsein der Österreicher abgemeldet und taucht allenfalls noch in der kabarettistischen Kleinkunst auf.

### Abwerbung von Fachkräften – ein künftiger Konfliktherd?

Erstaunlich konform reagieren die repräsentativ ausgewählten Deutschen und Österreicher auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, für längere Zeit im Nachbarland zu leben und zu arbeiten. Da wie dort antwortet jeder Dritte darauf vorbehaltlos mit Ja. Die Bereitschaft, sich dauerhaft im Nachbarland niederzulassen, korreliert bei näherer Betrachtung auffallend stark mit der sozialen Schicht. Als Faustregel kann gelten, daß sowohl in Deutschland, als auch in Österreich knapp zwei Fünftel der sozial und wirtschaftlich leistungsfähigsten Segmente bereit wären, ihren Beruf im jeweils anderen Land auszuüben. Dieser Bereitschaft kommt angesichts des zunehmenden Mangels an Fachkräften eine erhebliche Bedeutung bei. ■ - empiricus -

1/3 könnte sich vorstellen, im jeweiligen Nachbarland zu arbeiten



**“ Rund drei Viertel der Deutschen haben eine grundsätzlich gute Meinung von den Österreichern, etwa drei Fünftel der Österreicher mögen umgekehrt die Deutschen.**



Christine Schadenhofer

## DÜRFEN WIR SCHWEIGEN ?

Soll und darf man als aufgeklärter Europäer einer Weltansicht gegenüber tolerant sein, die nicht mit den Allgemeinen Menschenrechten vereinbar ist?

„Der Islam gehört zu Deutschland“ - so die vollmundige Erklärung des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff, dem viele Politiker freudig zustimmen, auch hierzulande. Wer dieses Dogma in Zweifel zieht, wird gerne als „islamophob“ abgestempelt - als kranker, angstbesessener Rassist und Religionshasser. Verantwortungsvolle Bürger sollten sich jedoch nicht abhalten lassen, ihren Verstand zu gebrauchen und den Islam auf den Prüfstand jener Werte zu stellen, die die westliche Welt geprägt haben und prägen.

Zahlreiche Passagen in Koran und Hadithen machen deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen von Gesellschaft, Freiheit und Leben im Islam sind. Man muss jedoch gar nicht die religiöse Literatur bemühen, auch weltliche Schriften weisen unübersehbar auf die Unvereinbarkeit hin.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte darf als Mindestregulativ für das Zusammenleben aller Menschen dieser Welt betrachtet werden, als der kleinste gemeinsame Nenner. Dass die Menschenrechte in islamischen Gesellschaften - höflich ausgedrückt - zweitrangig sind, zeigt die Praxis. Islamische Staaten haben folgerichtig eigene Menschenrechtserklärungen entwickelt, deren oberste Prämisse die Scharia ist. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte, die 1990 von 45 Mitgliedsstaaten der mächtigen Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) unterzeichnet wurde, zeigt, dass die Menschenrechte, wie sie aufgeklärte Staaten anerkennen, im Islam schlicht und einfach nicht gelten. Die 2004 beschlossene „Weiterentwicklung“ dieses islamischen Gegenentwurfs zu den Allgemeinen Menschenrechten - die Arabische Charta aus dem Jahr 2004 - wird zwar in manchen Punkten als milder

**Christine Schadenhofer,**

Jahrgang 1963 ist Absolventin eines Wirtschaftsstudiums an der Johannes Kepler Universität Linz. Ihr Werdegang zur Selbständigkeit als Kommunikationsberaterin und Publizistin führte über die Kreativbranche. In ihren Texten tritt sie für Werte ein, die ihr persönlich wichtig sind: Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit.

bewertet, weicht jedoch dennoch davon ab, was alle freien Gesellschaften der Welt als unveräußerliche Werte betrachten.

Im Artikel 1 der Kairoer Menschenrechtserklärung heißt es: „... *Alle Menschen sind gleich an Würde, Pflichten und Verantwortung*;...*Der wahrhaftige Glaube ist die Garantie für das Erlangen solcher Würde auf dem Pfad zur menschlichen Vollkommenheit.*“ Der letzte Satz dieses Artikels lässt keinen anderen Schluss zu, als dass die Würde in

Abhängigkeit des rechten Glaubens steht, „*Ungläubige*“ demnach nicht die gleichen Würde haben können. Genau das sagen auch die islamischen Schriften in martialischen Versen - die „*Kuffar*“ sind Untermenschen, „*schlimmer als das Vieh*“. Genau das zeigt sich in der gelebten Praxis in vielen islamischen Ländern, in denen Menschen wegen ihres „*Unglaubens*“ drangsaliert, vertrieben und getötet werden.

In Artikel 6 a der Kairoer Menschenrechtserklärung heißt es: „*Die Frau ist dem Mann an Würde gleich, sie hat Rechte und auch Pflichten*;...“ Diese Satzkonstruktion bestätigt jenen Minderwert der Frau, der in den meisten islamischen Staaten sichtbar wird. Auch wenn die Liga der Arabischen Staaten in ihrer Charta 2004 der Frau die Gleichheit am Papier gewährt - ein Blick nach Saudi Arabien belehrt eines Besseren.

An weiteren Stellen des Kairoer Papiers wird deutlich ausgedrückt, dass in islamischen Staaten die Scharia über den weltlichen Gesetzen, inklusive den universalen Menschenrechten, steht. Artikel 24 der Erklärung relativiert noch einmal sämtliche Aussagen und Verpflichtungen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und sagt wortwörtlich: „*Alle in dieser Erklärung festgelegten Rechte und Freiheiten sind der islamischen Scharia nachgeordnet.*“

Daraus muss klar werden: Es herrscht kei-

ne Übereinstimmung zwischen Europa und dem Islam hinsichtlich der Menschenrechte, es gibt derzeit nicht einmal einen kleinsten gemeinsamen Nenner, denn die Scharia ist das oberste Gesetz in der islamischen Weltanschauung.

## “ (...) Es herrscht keine Übereinstimmung zwischen Europa und dem Islam hinsichtlich der Menschenrechte (...)

Wie könnte ein Gesellschaftsmodell, das grundsätzlich andere - in wesentlichen Punkten widersprechende - Prämissen setzt, grundlegende Werte unserer Welt ablehnt, den Wert des Menschen nach Geschlecht

und Religion definiert, zu Deutschland, zu Europa gehören?

Warum fordern Politiker von Europas Bürgern, diese elementaren Unvereinbarkeiten zu negieren, den Islam unhinterfragt als Teil unserer Gesellschaft zu betrachten und damit gleichzeitig seinen Menschenrechtsverstößen gegenüber tolerant und still zu sein? Warum verlangen sie nicht, was zu verlangen wäre: Ein Bekenntnis des Islams zu den universalen Menschenrechten und seine kompromisslose Unterordnung unter Gesetz und Gesellschaftsordnung, in jenen Ländern in denen er Aufnahme und Teilhabe wünscht?

Es wird bei den kommenden Wahlen nicht nur über Parteien und Personen entschieden, sondern darüber, ob wir Politiker an der Spitze unseres Staates wollen, die von uns - wider besseres Wissen, wider Vernunft und Moral - Toleranz für menschenrechtswidrige Lebensart und Gesellschaftsordnung in Europa verlangen. ■

**Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt. Es hat keine verpflichtende Sittenlehre, keine Dogmen mehr.**

Peter Scholl-Latour



**„Er ist es, der seinen Gesandten mit der Rechtleitung und der Religion der Wahrheit gesandt hat, um ihr die Oberhand über alle Religionen zu geben. Und Allah genügt als Zeuge.“**

Sure 48, Vers 28,  
Quelle: islam.de

# Verflixtes Deutsch

Die Spinnen  
*die spinnen*

Der gefangene Floh  
*Der Gefangene floh*

Er verweigerte Speise und Trank  
*Er verweigerte Speise und trank*

Der Junge sieht dir ungeheuer ähnlich  
*Der Junge sieht dir Ungeheuer ähnlich*

Warme Speisen, im Keller  
*Warme speisen im Keller*

Er handelte mit Eisen und Stahl  
*Er handelte mit Eisen und stahl*

Er will sie nicht  
*Er will, sie nicht*

Komm, wir essen, Opa  
*Komm, wir essen Opa*

Der Mann sagt, die Frau kann nicht Auto fahren  
*Der Mann, sagt die Frau, kann nicht Auto fahren*

Der Lehrer sagt, der Schüler ist blöd  
*Der Lehrer, sagt der Schüler, ist blöd*

Er hat in Wien liebe Genossen  
*Der hat in Wien Liebe genossen*

Aus dem Fenster sah sie den geliebten Rasen  
*Aus dem Fenster sah sie den Geliebten rasen*

Was willst du schon wieder ?  
*Was, willst du schon wieder?*

Petra Paulsen

# EIN JAHR DANACH UND KEIN ENDE IN SICHT

**Die nachstehende Schilderung des Zeitgeschehens erreichte uns aus dem Norden Deutschlands. Es ist der berührende Reflex einer Mutter, die sich in tiefer Sorge um die Zukunft ihrer Kinder ihren Kummer von der Seele schreibt.**

**S**chon oft habe ich mich gefragt, worauf wir in Deutschland bzw. Europa warten – auf die nächste Großbrazia, neuerliche Terrorwarnungen, einen weiteren Anschlag eines islamistischen Einzeltäters oder auf den ganz großen Knall?

Ich bin Jahrgang 1966, in Hamburg geboren, verheiratet und Mutter von drei Kindern

(14, 17 und 18 Jahre). Unzählige Male habe ich bereits als Kind, aber auch mit meiner Familie meinen Urlaub in Österreich verbracht, einen Großteil meiner Jugend in Wien verlebt und dort auch drei Semester studiert. Als verbeamtete Lehrerin und Personalrätin bin ich an einer Hamburger Stadtteilschule tätig: Mir ist also privat und gesellschaftspolitisch daran gelegen, was in Deutschland, aber auch in ganz Europa derzeit passiert und zukünftig geschehen wird.

Die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht in Köln, Hamburg und zahlreichen anderen Städten haben mich wie so viele Menschen zutiefst schockiert. Islamistisch motivierte Terroranschläge finden nicht mehr nur in Frankreich und Belgien statt, sondern haben jetzt auch Deutschland erreicht. Dieses Land hat im heurigen Sommer eine schlimme Terrorwoche erfahren müssen. Geht man durch eine deutsche Kreisstadt wie Bad Oldesloe mit ca. 25.000 Einwohnern, so kann man erkennen, wie sich das Bevölkerungsbild innerhalb kürzester Zeit verändert hat, und ist man in Städten mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, hat man auf bestimmten Linien das Gefühl, der einzige Mensch ohne Migrationshintergrund zu sein. Noch nie habe ich mir als Mutter solche Sorgen um meine Kinder gemacht wie ich es jetzt tue, wo sie langsam erwachsen und flügge werden. Und diese Sorge ist nicht einfach an den Haaren herbeigezogen, da ich selber beruflich wie auch privat Mitbürger kenne, die in letzter



Wie sicher kann man sich noch fühlen?

Zeit Opfer von Übergriffen durch Menschen mit Migrationshintergrund geworden sind.

### Pfefferspray und Schweigepflicht

Das Geschäft mit Pfefferspray, der mittlerweile bei der Drogeriemarktkette dm neben Zahnpasta verkauft wird, und das mit Elektroschockern und Selbstverteidigungskursen boomt. Immer mehr Menschen beantragen den „*Kleinen Waffenschein*“, verriegeln sich in ihren Autos von innen, meiden öffentliche Plätze und Großveranstaltungen, fühlen sich in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Hinzu kommt, dass es Polizisten untersagt ist, über die derzeitige Flüchtlingspolitik und bestimmte damit in Zusammenhang stehende Vorfälle zu sprechen. Auch an meiner Schule wurde dem Kollegium zunächst nahegelegt, über einen Vorfall von Acht- und Zehntklässlern in Verbindung mit einer Schreckschusspistole und Allahu-Akbar-Rufen zu schweigen. Langjährige Freundschaften zerbrechen durch die Politik der offenen Grenzen, denn es gibt nur noch die Gutmenschen oder die Rassissten. So etwas habe ich zuvor noch nie erlebt und diese Entwicklung halte ich für außerordentlich bedenklich.

Deutschland und damit zwangsweise auch Teile Europas haben sich auf einen gefährlichen Weg begeben. An das *"Wir schaffen das"* von Angela Merkel glauben mittlerweile nur noch 8% der in Deutschland Befragten. Der innere Zusammenhalt der Gesellschaft zerfällt zusehends, links- und rechtsextremistische Anschläge binden die Sicherheitskräfte, innerpolitische Konflikte der Türkei finden hier ihren Ausdruck, die religiösen und gesellschaftlichen Konflikte aus dem Nahen Osten stoßen bei uns auf fruchtbaren Boden, der Terrorismus des IS wurde importiert, die Salafistenszene blüht und für Millionen von Afrikanern ist vor allem Deutschland das Ziel ihrer Träume auf ein besseres Leben.

Seit nunmehr einem Jahr verfolge ich gespannt die Nachrichten zum Themenbereich *"Migration – Türkei – Integration*

*– Islam(ismus) – Merkel – Terror – Grenz-sicherung – Wirtschaft – Innere Sicherheit – Bildung"* im TV und im Internet. Ich bin leidenschaftliche Krimi-Leserin, doch meine derzeitige Lektüre besteht aus Büchern wie "Generation Allah", "Vorsicht, Bürgerkrieg", "Deutschland im Blaulicht" und "Die Patin".

### Erodierende Kräfte im Staatsdienst

Nahezu täglich stehe ich im Austausch mit einem sehr guten Freund, dem Leiter der Bundespolizei am Hamburger Flughafen. Herr Thomas Seifert verfügt über langjährige Berufserfahrung zum Thema Migration, insbesondere der illegalen Migration und kann auf Erfahrungen aus langen Auslandseinsätzen auf dem Balkan und in Libyen zurückgreifen. Wie auch ich steht Herr Seifert, der aufgrund seines Berufes über die tatsächlichen Zahlen der illegalen Migration verfügt, dem derzeitigen Migrationsgeschehen äußerst skeptisch gegenüber. Wir beide stellen in unseren Berufsfeldern zunehmend die erodierenden Kräfte von Kollegen aufgrund von Personalmangel, Überlastung und Überforderung durch Aufgaben, für die wir nicht ausgebildet sind (z.B. Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen), fest.

Die allermeisten Menschen in Deutschland und Österreich sind weder fremdenfeindlich noch rechtsradikal. In beiden Ländern leben viele gut integrierte Menschen mit Migrationshintergrund. Wer aber mit offenen Augen durch die Welt geht, der sieht die diversen Probleme, die sich aus der seit einem Jahr andauernden Migrationspolitik bereits ergeben. Zunehmende Kriminalität, Einschleppung von Terror, steigende Radikalisierung unter jungen Muslimen, zunehmend aufgeweichte Bildungsstandards und die wachsende Angst vor Übergriffen durch bereits seit langem hier lebende Ausländer.

Mein Wunsch für unsere Zukunft und die unserer Kinder: Mögen Deutschland und Österreich friedvolle Länder sein, in denen Meinungs- und Pressefreiheit herrschen, die Sicherheit gewährleistet und das Leben lebenswert ist! ■

**7 von 10**

*Österreichern lesen eine Tageszeitung. Aber wie viele von ihnen werden korrekt und vollständig über das Zeitgeschehen informiert?*



# **SCHWEIGEPRESSE UND NEUE TRANSPARENZ**

**Österreichs Medien an der Leine von Presserat und Regierung - In Deutschland hat ein Umdenken begonnen - Sächsische Zeitung: "Ross und Reiter nennen"**

Was war das doch für ein aufgeregtes Gega-cker und Flügelschlagen auf den redaktionellen Hühnerleitern, als Demonstranten mit Spruchtafeln durch die Strassen zogen, auf denen das anklagende Wort „Lügenpresse!“ zu lesen war. Der Protest richtete sich gegen das Verzerren von Vorgängen, die die Bevölkerung selbst hautnah, aber ganz anders erlebte, als sie von den Medien dargestellt und gedeutet wurden. Öffentliche und veröffentlichte Meinung ist selten völlig deckungsgleich. Im breiten Panorama der Flüchtlingsproblematik ist die Übereinstimmung jedoch ganz besonders gering.

“ Mit dem Verschweigen von Dingen beginnt aber nun einmal die Lüge.

Was der Bevölkerung heutzutage gegen den Strich geht, ist nicht allein das Verdrehen, sondern auch das Unterdrücken von Sachverhalten. Mit dem Verschweigen von Dingen beginnt aber nun einmal die Lüge. Reichlich grotesk mutet es an, dass das Verschweigen von Informationen und ergo dessen das Lügen den Journalisten von oben her geradezu zur Pflicht gemacht wurde. So gab es beispielsweise in Deutschland bis in die unmittelbare Gegenwart hinein für die Redakteure der ARD-Tagesschau die strikte Anweisung, die Herkunft und den vollen Namen ausländischer Straftäter aus der Berichterstattung auszuklammern. Dieser Usus ging, wie einer kürzlichen ARD-Sendung zu entnehmen war, auf die beabsichtigte Schonung farbiger Soldaten der US-amerikanischen Besatzungstruppen zurück, die in Deutschland eine Straftat begangen hatten.

Auch der Österreichische Presserat bläst seit Jahren kräftig in das Horn der political correctness und hat u.a. verlangt, in Kriminalberichten die Herkunft des Täters nicht zu nennen. Ein besonderes Glanzstück des Presserats bestand darin, nach der Kölner Silvesternacht eine Zeitung für eine Karikatur zu verurteilen, in der viele Männer „spezifisch nordafrikanisch porträtiert“ wurden.

Hierzulande verdichten sich ganz allgemein

Gefahren, die in verschiedenster Weise und aus verschiedenster Richtung das verfassungsmäßig verbrieftete Recht der Meinungsfreiheit bedrohen. Alarmierend wirkt in diesem Zusammenhang eine Meldung der Salzburger Nachrichten, wonach der ÖVP-Staatssekretär Harald Mahrer Qualitätskriterien für die Förderung von Medien durch den Staat formuliert hat. Als Qualitätskriterien bezeichnet Mahrer neben dem Vorhandensein von Korrespondentennetzen, Quellentransparenz, Recherchetiefe, Eigenrecherche und Unparteilichkeit auch die Frage, „ob sich eine Zeitung der Spruchpraxis des Österreichischen Presserats unterwirft.“

Diese Forderung ist eine Ungeheuerlichkeit. In ihr manifestiert sich ein Denken, das sich in nichts von den Lenkungsversuchen unterscheidet, die man gern anderen Ländern, wie z.B. Polen, vorwirft.

Während die Regierung in trauter Eintracht mit dem Österreichische Presserat die Medien weiterhin auf abstruse Richtlinien vergattert, hat in Deutschland neuerdings ein Umdenken begonnen. Auch dort zählte es über das Fernsehen hinaus bis vor kurzem zu den journalistischen Ehrenpflichten, die Vor- und Familiennamen ausländischer Straftäter allenfalls mit den Anfangsbuchstaben zu veröffentlichen. Dieses Verhüllungsgebot ist nunmehr unter dem Eindruck der Asylantenkriminalität ins Wanken geraten. Das aktuelle Schlagwort lautet: „NEUE TRANSPARENZ“. Zu den prominenten Tabubrechern, die sich zu einer Abkehr vom bisherigen Schweigeverhalten in der deutschen Medienwelt entschlossen haben, gehört die „Sächsische Zeitung“. Dieses Blatt hat seinen Lesern formell mitgeteilt, dass es fortan bei Straftaten die Namen von Ross und Reiter nennen wird, egal woher sie kommen. Das ist immerhin ein wenigstens kleiner Schritt auf dem langen Weg zur Rückgewinnung des Vertrauens in die Medien. In Österreich, so scheint es, wird man auch damit noch viel Geduld haben müssen. ■

Aul.



“ Das aktuelle Schlagwort lautet: „NEUE TRANSPARENZ“. Zu den prominenten Tabubrechern, die sich zu einer Abkehr vom bisherigen Schweigeverhalten in der deutschen Medienwelt entschlossen haben, gehört die „Sächsische Zeitung“.

— Direkte Demokratie im Zwielficht —

# DIE GEHEUCHELTE NEUGIER

Volksbefragungen über Sachprobleme haben eine Vielzahl von Schwächen

**Demokratie**  
ist ein merkwürdiges  
Gemenge von Idealen  
und guten Absichten,  
aber auch Pathos und  
Heuchelei bis hin zu  
platten Lügen.

**D**emokratie ist ein merkwürdiges Gemenge von Idealen und guten Absichten, aber auch Pathos und Heuchelei bis hin zu platten Lügen. Vor allem dann, wenn es um die Erfüllung des Wählerwillens geht. „Das Recht geht vom Volk aus“, heißt es in nahezu allen Verfassungen. In der Wirklichkeit ist das freilich leichter gesagt, als getan. Ein Lehrbeispiel dafür lieferte das Votum der Briten über den Brexit. So

lang angenommen werden konnte, dass die Bevölkerung des Königreichs gegen den Austritt ihres Landes aus der EU stimmen würde, hatte das Referendum ein demokratisches Flair. Als die Entscheidung der Wähler mit hauch-dünner Mehrheit von 51,9 : 48,1 Prozent anders ausfiel, als es David Cameron erwartet hatte, herrschte plötzlich Entsetzen und Ratlosigkeit. Angesichts einer ungefähren 1:1- Situation der Stim-



*Die Interessen des Volkes sind Angela Merkel ziemlich egal.  
Sie bleibt unbeirrbar bei ihrem „Wir schaffen das“.*

men, die statistisch betrachtet, einem Patt gleichkommt, steht das Volk? Als Reaktion auf den Schock änderte sich schlagartig die Tonart. Ungeachtet allen verfassungsmässigen Weihrauchs hieß es nunmehr, entscheiden solle nicht mehr die politisch in solchen Dingen unmündige Bevölkerung, sondern die politische Vernunft. Aus Volkes Stimme wurde plötzlich Populismus.

Abgesehen davon, dass die Ergebnisse solcher Plebiszite auf wackeligen Füßen stehen, kommt ins Spiel, dass die Politiker die ungeschminkte Meinungen der Wähler - zumal wenn sie nicht genehm sind - im Grunde weder wissen, noch in die Tat umsetzen möchten. Politischer Usus ist es, eine unbequeme Wählermeinung, wenn irgend möglich, mit dem Mantel des Schweigens zu bedecken und einfach zu ignorieren. Die angesehene WELT erinnerte in einem Leitartikel an Beispiele für den demokratischen Frevel: *„Als die Niederländer und Franzosen in Volksabstimmungen die europäische Verfassung ablehnten“, hieß es, „wurden deren Bestimmungen einfach in den Vertrag von Lissabon gepackt und von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Als die Iren diesen Vertrag in einer Volksabstimmung ablehnten, mußten sie unter der Drohung des Entzugs von EU-Hilfen noch einmal abstimmen. Vom Fiasko der griechischen Volksabstimmung gegen das ‚Rettungspaket‘ ganz zu schweigen.“*

### Die Bürger wollten es ganz anders

Ein klassisches Exempel für die Mißachtung des Wählerwillens lieferte die deutsche Politik am 27. Feber 2015. An diesem Tag veröffentlichte das ZDF sein Politbarometer, wonach 71 Prozent der Deutschen daran zweifelten, dass Griechenland seine angekündigten Sparmaßnahmen und Reformen umsetzen und die Schulden zurückzahlen werde. Die massive Mehrheit der Bevölke-

rung war ganz allgemein gegen die Unterstützung der Griechen mit deutschen Steuergeldern. Am selben Tag bewilligte der Deutsche Bundestag in krassem Widerspruch zur Öffentlichen Meinung mit überwältigender Mehrheit von 542:32 Stimmen die Verlängerung der Milliardenhilfe für das hoffnungslos verschuldete Land im Süden.

Einen Nachweis besonderer Art für die politische Scheinheiligkeit im Umgang mit der Öffentlichen Meinung ist den GRÜNEN und dem missionarisch beseelten EU-Prediger

Othmar Karas (ÖVP) zu verdanken. Ausgangspunkt dafür war die Volksabstimmung in den Niederlanden, in der die Bevölkerung ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine abgeschmettert hatte. Die Fraktion der GRÜNEN im EU-Parlament forderte daraufhin ein grundsätzliches Ver-

bot nationaler Volksabstimmungen über die EU. Die Begründung lautete: *„Volksabstimmungen, die so angelegt sind, könnten die EU in ihrem Bestand gefährden“*. EU- Frühstücksdirektor Karas machte den GRÜNEN die Mauer und fabulierte, nationale Referenden über Beschlüsse der EU seien eine Flucht aus der Verantwortung und ein Zeichen von Schwäche. Alle diese Beispiele (und es ließen sich noch viele andere anführen) zwingen zum Nachdenken darüber, ob die Direkte Demokratie in Form von Volksbefragungen ein taugliches Mittel für die Umsetzung des Wählerwillens darstellt. Die analytische Betrachtung führt zu folgenden Vorbehalten:

 *Volksbefragungen werden nur von statistisch kleinen Teilen der Bevölkerung genutzt. Sie sind daher unrepräsentativ. (Das Brexit-Votum bildete mit einer Wahlbeteiligung von 72 Prozent eine Ausnahme, konnte damit aber ebenfalls keine befriedigende Repräsentativität beanspruchen). Das erfolgreichste Volksbegehren in Österreich (Gegen den Bau*

**“ Politischer Usus ist es, eine unbequeme Wählermeinung, wenn irgend möglich, mit dem Mantel des Schweigens zu bedecken und einfach zu ignorieren.**



des Konferenzentrums 1982, mobilisierte bescheidene 25,7 Prozent; das Gentechnik-Volksbegehren (1997) brachte 21,3 Prozent, die Aktion für die 40-Stundenwoche 17,7 Prozent auf die Beine.



“

**Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“**

Jean-Claude Juncker

Bei Volksentscheiden hat der Bürger nur die Wahl zwischen Schwarz oder Weiss, heiss oder kalt, Feuer oder Wasser. Die zur Diskussion gestellten Fragen erlauben keine Zwischentöne. Sie sind kompromißfeindlich. Komplizierte Sachverhalte können nicht auf ein simples Ja-Nein-Schema verkürzt werden. Die Fragestellungen sind zumeist anfechtbar und entsprechen fast nie den methodischen Regeln der empirischen Sozialforschung. Enthaltungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen. Volksbefragungen vermitteln also keine Kenntnis über den wichtigen Bereich der in ihrem Urteil schwankenden Personen. Dazu kommt die fast allen Volksbefragungen anhaftende methodische Todsünde, daß die Antwortalternativen für Pro und Kontra nicht ausformuliert wurden.

Plebiszitäre Voten sind ein einbahniges System der Entscheidungsfindung, bei dem die eine Seite die Fragen stellt und die andere antwortet. Das ist un kreativ, produziert keine Ideen, keine Konzepte. Direkte Demokratie bedeutet nichts anderes, als „direkte Befragung,“ keinesfalls jedoch Dialog mit dem Wähler.

In Volksabstimmungen können nur Schwerpunktfragen, nicht das ganze Spektrum politischer Probleme behandelt werden. (Wie oft kann man wählen lassen?).

Ein Übermaß an Volksentscheiden bewirkt allzu leicht ein Übermaß an Ablehnung von Ideen und Reformen. Die Gesellschaft benötigt aber weit eher das Ja als das Nein.

### Volksnahe Posen

Generalisierend anzumerken ist, dass sich die Idee von Bürgernähe und politischer Partizipation der Bevölkerung nicht in einer

banalen Ja-Nein-Demokratie erschöpfen darf. Mitglieder- und Volksbefragungen sind in Wirklichkeit nicht viel mehr als volksnahe Posen. Die Gesellschaft benötigt nicht mehr Volksabstimmungen, sondern mehr Ideen und Initiativen von Politikern. Was den Politikern unserer Tage fehlt, ist der diagnostische Blick auf das Ganze. Das einschlägige Wissen über die politischen Denkmuster kann jedoch nicht aus den sporadischen und schwerfälligen Volksbefragungen gewonnen werden.

Freilich kann ein Politiker sein Mandat nicht ohne eine möglichst genaue Kenntnis der Wünsche, Sorgen, und Nöte seiner Wähler verwalten. Eine problemgerecht betriebene Politik bedingt im übrigen einen pausenlos betriebenen Dialog zwischen Oben und Unten, Regierenden und Regierten, so, wie es zwischen Telefonpartnern der Fall ist.

Hier, an dieser Stelle liegt der große Nutzen einer verantwortungsvoll und kompetent betriebenen Umfrageforschung. Die moderne Demoskopie kann zum parlamentarischen Geschehen weit mehr an Orientierungen beitragen, als es im laienhaften Verständnis von Medien und geschwätzigen Politologen zum Ausdruck kommt. Hätte die Regierung früher in die frühzeitig vorliegenden demoskopischen Befunde hineingehorcht und daraus Konsequenzen gezogen, wäre ihr die blamable 180-Grad-Wende in der Flüchtlingspolitik und den Österreichern eine schwere Schädigung ihrer Zukunft erspart geblieben.

### Wird die Politik aus dem jüngsten Geschehen lernen?

Zweifel sind angebracht. Wahrscheinlicher als ein modernerer und sinnvollerer Umgang mit Wählermeinung ist, dass wir auch nach der nächsten Wahl vor den Fernsehkameras und Mikrofonen die altbekannten Entschuldigungsfloskeln hören werden: „Wir müssen die Bürger ernst nehmen. Wir müssen mehr hineinhören.“ ■

empiricus



# DANIEL S.

## VORBILD OHNE IDENTITÄT

### Die Probleme der Anonymisierung des Namens in der Medienberichterstattung

Sein Tod löste bundesweit Empörung aus. Die Bilder des sympathischen jungen Mannes in den Medien verstärkten noch die Trauer um ihn und ließen den Schmerz erahnen, den seine Angehörigen und Freunde erlitten haben. Wir haben den Zeitungen viel über das kurze Leben des Polizisten entnehmen können, der ohne Vorwarnung von einem bosnischen Gangster niedergeschossen wurde, als er in Erfüllung seiner Pflicht ein Warenhaus betreten wollte. Wir wissen, wie das Haus aussah, in dem er aufgewachsen ist, daß er die Tiere liebte, ein aufmerksamer Schüler war, schon mit acht Jahren Polizist werden wollte und auf welcher grausamen Weise sein Traumberuf dann zu seinem Verhängnis wurde.

Auch über die Überführung des jungen Mannes in seinen Kärntner Heimatort St. Kanzian, sein Begräbnis und die Nachrufe auf ihn wurde viel berichtet. Wir haben fast alles über den makellosen Polizisten erfah-

ren, nur sein voller Name wurde uns vorenthalten. Daniel S. verbleibt in der kollektiven Erinnerung als Daniel S.

Warum eigentlich, so fragt man sich, unterliegt der Familienname der Geheimhaltung? Warum breitet man den Schleier über die Identität eines Menschen, der ungeteilte Ehrfurcht dafür verdient, seinem Ideal, die Sicherheit der Gemeinschaft zu gewährleisten, sogar das Leben geopfert zu haben?

Das Vertuschen des Namens geschieht üblicherweise bei Straftätern und wurzelt in der Idee des Schutzes der Persönlichkeitsrechte. In diesem Sinne kommen Straftäter selbst dann in den Genuß der Anonymität, wenn sie schwerste und unstrittige Blut- oder Sexualverbrechen begangen haben und dafür verurteilt wurden. Als eine Rechtfertigung für das Unterdrücken des Familiennamens gilt, daß die Nennung des Namens eine Strafverschärfung darstellen würde. Aber worin besteht die Logik, die Identität eines Menschen

zu verhüllen, der durch die Makellosigkeit seines Verhaltens und die Opferung seines Lebens für die Allgemeinheit ein Vorbild für die Gesellschaft darstellt? Darf eine Demokratie keine Helden haben?

In Zeiten des Terrors sollten eigentlich jene ins Licht gerückt werden, die still, unauffällig und selbstlos ihre Pflicht erfüllen, damit all die anderen Bürger ruhig schlafen können. Es sollte geradezu eine Selbstverständlichkeit sein, sie mit ihrem Namen zu nennen, denn sie machen sich Tag für Tag um die Gemeinschaft verdient.

Ganz anders stellt sich die Situation dar, wenn es sich um das Verschweigen des Namens von Personen handelt, die für die Allgemeinheit nicht einen Nutzen, sondern eine Gefahr bedeuten. Der Usus der Unterdrückung ihrer Familiennamen ist, wie sich kürzlich am Beispiel des Grazer Prozesses gegen einen islamistischen Haßprediger zeigte, nicht immer einheitlich. Während die Qualitätsblätter *FAZ* und *Die Presse* den Dschihadisten Mirsad Omerovic mit seinem vollen Namen nannten, beließen es *Kurier*, *OÖN* und andere Zeitgeistmedien bei „Mirsad O.“ Die Zeitgeistigen entsprachen damit gehorsam dem politischen Reinheitsgebot des Österreichischen Presserats, der von den Medien das Verschweigen des ausländischen Hintergrunds von Rechtsbrechern erwartet. Vermutlich wäre auch dem tunesischen Attentäter Lahouaiej-Bouhlel die volle Nennung seines Namens erspart geblieben, hätte er sein Verbrechen mit dem LKW nicht auf der Promenade von Nizza, sondern in Baden oder Pörschach verübt.

Die Veröffentlichung des vollen Namens

nach einem schweren Verbrechen oder einer Verurteilung stellt gewiß eine Härte dar. Sie stellt nämlich den Täter an den Pranger der Gesellschaft und kennzeichnet ihn als ein Individuum, das durch die Verwerflichkeit seines Tuns die Achtung der Gesellschaft verwirkt hat. Allerdings entspricht diese moralische Sanktionierung nicht dem Prinzip der politischen Korrektheit. Im Gegenteil: die Beseitigung des Prangers durch das Vertuschen des Namens und die

**“ In Zeiten des Terrors sollten eigentlich jene ins Licht gerückt werden, die still, unauffällig und selbstlos ihre Pflicht erfüllen, damit all die anderen Bürger ruhig schlafen können.**

Reduktion der Identität des Straftäters auf die Merkmale Geschlecht, Alter und zwei Anfangsbuchstaben gilt hierzulande als Zeichen humanitärer Fortschrittlichkeit und als Charakteristikum einer durch und durch von demokratischem Geist beseelten Zivilgesellschaft, Dennoch sind Zweifel an der Richtigkeit der Anonymisierung von

Schwerverbrechen angebracht. Die Frage ist zu stellen, ob sich die Gesellschaft in einer von Terror und Kriminalität bedrohten Welt den Verzicht auf die pädagogische Wirkung eines medialen Prangers leisten kann. Es darf nicht länger übersehen werden, daß die Schonung von Terroristen, Gewaltverbrechern und Kinderschändern auf Kosten der Opfer und letztlich auch der Gesellschaft geht.

Zur Bekämpfung von Terror und Brutalität gehört es, alle Möglichkeiten der Prävention zu nutzen. Dazu zählt auch der soziale Pranger. Seine Wirkung hat bereits John Locke beschrieben, als er (1680) in seinem „*law of opinion*“ feststellte: „*Nicht einer unter 10 000 Menschen ist so unbeugsam und stumpf, daß er sich auf Dauer der Mißachtung seiner Umwelt widersetzen könnte.*“.

Die Anonymisierung von Straftaten mag aus der Perspektive der political correctness als modern gelten. Zeitgerecht ist sie jedenfalls nicht. ■ Aki.-





**„Die Gedanken sind frei,  
wer kann sie erraten,  
sie fliehen vorbei  
wie nächtliche Schatten.  
Kein Mensch kann sie wissen,  
kein Jäger erschießen,  
es bleibet dabei,  
die Gedanken sind frei.“**

Deutsches Volkslied aus dem 19. Jahrhundert

Christine Schadenhofer

# **DIE GEDANKEN** *SIND FREI*

**Erinnern Sie sich an das Lied? Wir sangen es oft als Kinder. Wir wussten nicht wirklich, was es bedeutet. Heute wissen wir mehr.**

**G**eorge Orwell zeichnete Mitte des 20. Jahrhunderts mit seinem Roman 1984 eine erschreckende Dystopie. Seine schlimmsten Visionen scheinen spätestens seit dem Herbst 2015 mitten in Europa Realität zu werden.

Das Orwell'sche „Ministerium für Wahrheit“ ist heute angesiedelt in Redaktionsstuben und gleichzeitig zuständig für die Gedankenerziehung der Massen:

Viele Medien stellen und stellen sich seit Herbst 2015 in den Dienst einer politisch erwünschten Wahrheit. Man fühlt sich offensichtlich berufen, zu belehren, zu erziehen und das politisch oder eigendefiniert Richtige herbeizuschreiben - durch das Überbetonen des Positiven, das Verschweigen des Negativen, durch Wertung und Abwertung von Meinungen und Menschen, durch Headlines und Bilder, die den Blick des oberflächlichen Be-

trichters in die Irre lenken. Absichtlich? Versehentlich?

Dennoch kann das Denken der Bürger nicht abgestellt werden. Es findet seinen Niederschlag in den Internet-Leserforen und schafft es - wie man sah - auch bis hinein in die Wahlurnen.

Nicht selten sind die Leserkommentare in Medienforen fundierter und objektiver als jene der professionellen Journalisten. Und sie sind Ausdruck des unverletzlichen selbständigen Denkens. Die Lesermeinung in den Internetforen wird von Medien nach Kriterien zensiert, die die Zensierten nicht kennen bzw. nicht überprüfen können: Immer wieder beklagen Poster

**“ Deutschland ließ bereits eine eigene Facebook-Zensurstelle einrichten.**

das Verschwinden ihrer kritischen Äußerung, obwohl sie völlig sachlich war. Einige Medien engagieren Rechtsanwälte zwecks strafrechtlicher Verfolgung von verbalen Äußerungen auf ihren Online-Seiten - „Hate

Speech“ heißt der Tatbestand neusprachlich. Was darunter zu verstehen ist, entscheidet das Gericht für den Einzelfall. Manche Urteile scheinen abschreckende Exempel an bislang unbescholte-

nen Bürgern zu sein, die unüberlegt Unsinn posten. Die Grünen fordern weitere Strafverschärfung für „Fehlsprech“. Sie brüsten sich in ihrer medialen PR mit erfolgreichen Klagen, die für die Fehlsprecher durchaus existenzbedrohend sind - und damit ebenfalls exemplarhaft und präventiv.

Der Justizminister fordert zur Mithilfe bei der Überwachung und Meldung Hate-Speech-verdächtigen Fehldenkens von Mitbürgern im Internet auf. Deutschland ließ bereits eine eigene Facebook-Zensurstelle einrichten. Die dort beschäftigten „Hass-Zensoren“ handeln nach Vorgaben ihrer Auftraggeber und gegen Entgelt. Was genau sie suchen? Was ihnen verdächtig ist? Was sie löschen? Was sie melden? Wir wissen es nicht. Doch klopfte in Deutschland bereits der Staatsanwalt mit einer Schar von Beamten an die Wohnungstür von auf solche Weise identifizierten, des „Gedankenverbrechens“ Verdächtigen.

Paragraph 283, Strafgesetzbuch. Wer hätte gedacht, dass der einen je selbst betreffen könnte? Sind Sie radikal? Hassen Sie wen? Verhetzen Sie gerne? Konnten wir uns bisher nicht - völlig zurecht - für rechtstreu halten, für absolut unverdächtig?

Angesichts dieser Entwicklung fühlt sich nun manch denkender Bürger als verdächtiges Subjekt eines Konstrukts mit unbekann-

**ZENSIERT**





ten Zielen: Soll durch Sprachsäuberung und Sprechverbote samt Sanktionen das kritische Denken und Reden verdrängt werden und warum? Für eine wünschenswerte „Wahrheit“? Für ein politisches Ziel? Eine Ideologie? Täuscht das Gefühl, dass die Justizgewalt auch vollkommen Unbescholtene - Sie oder mich - treffen könnte, falls wir zu den herrschenden Zuständen nicht schweigen wollen und zu deutlich kritisieren? Falls uns die Nerven durchgehen

**“ Soll durch Sprachsäuberung und Sprechverbote samt Sanktionen das kritische Denken und Reden verdrängt werden und warum? ”**

und wir uns spontan zu Fehlsprech hinreißen lassen, ob der sichtbaren, unleugbaren Diskrepanzen zwischen dem Bild, das zu sehen ist und jenem, das beschrieben wird? Falls wir nicht an politisch und medial verordnete Wahrheiten glauben können, die wir als Fehlschlüsse, Trugschlüsse erkennen?

Wie dem auch sei: Unweigerlich erinnert diese Entwicklung an Österreichs dunkelste Zeit. ■

**Gedankenverbrechen:**

„Juristische Konstruktion, die den bloßen Gedanken an eine mögliche Straftat oder den Wunsch (geäußert oder nur empfunden) nach einer Straftat selbst zu einer Straftat erklärt.“ Wikipedia.

**Mit dem Attersee.Report  
immer einen Schritt voraus...**





